Wieder 20000 sächsische Volksgenossen in Arbeit

Seit der Machtübernahme drei Viertel der Arbeitslosen in Beschäftigung

Der Arbeitseinsatz in Sachsen hat im Monat Juli nach Mitteilung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Sachsen mit der günstigen Entwicklung der letzten Monate Schritt gehalten. Die Zahl der Arbeitslosen ging um rund 19 400 zurück; damit ist seit Januar ds. Js. die Arbeitslosenzahl um 160 600 gesunken, während im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres eine Entlastung von nur 127 500 eintrat. Am 31. Juli 1936 betrug die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen rund 180 000, d. s. 80 500 weniger als Ende Juli vorigen Jahres; seit der Machtübernahme durch den Führer ging die Arbeitslosigkeit um 75 v. H. zurück.

Wenn auch trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit die Saisonaußenberufe immer noch kräftig an der Abnahme der Arbeitslosigkeit beteiligt sind, so entfällt doch der größte Teil der in Arbeit gebrachten Arbeitslosen auf die konjunkturabhängigen Berufsgruppen. Dabei ist hervorzuheben, daß im Monat Juli sämtliche Berufsgruppen aufnahmefähig waren. Bedeutsam ist, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit durch die anhaltende Aufnahmefähigkeit der freien Wirtschaft ermöglicht werden konnte. Die Belebung ist also nicht durch öffentliche Arbeiten eingetreten, im Gegenteil, die Zahl der bei diesen Maßnahmen beschäftigten Kräfte ist um 240 gesunken.

Bezirklich weist der Arbeitsamtsbezirk Grimma mit 231 Arbeitslosen den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit im Bezirk des Landesarbeitsamtes Sachsen auf. In vier Bezirken (Borna, Dippoldiswalde, Oschatz und Wurzen) sind weniger als 1000 Arbeitslose vorhanden. Erfreulich ist es, daß auch im Juli die großstädtischen Arbeitsamtsbezirke Leipzig (3971), Dresden (2837) und Chemnitz (2072) einen wesentlichen Rückgang an Arbeitslosen erfuhren.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen in allen Berufsgruppen zurückgegangen. An der Abnahme sind beteiligt die Metallindustrie mit 14 400, das Spinnstoffgewerbe mit 8500, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 4500, das Bekleidungsgewerbe mit 3000 das Baugewerbe mit 7600, das Verkehrsgewerbe mit 4500, die Berufsgruppe Ungelernte Arbeiter mit 13 900 und die Angestelltenberufe mit 7500 Volksgenossen, die wieder Arbeit und Brot gefunden haben.

In der Landwirtschaft erstreckte sich die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter hauptsächlich auf die Bereitstellung der für die Bergung der Getreideernte benötigten Arbeitskräfte. Da sich vielfach das Getreide stark gelagert hat, ist die Verwendung von landwirtschaftlichen Mähmaschinen erschwert; verlangt wurden daher insbesondere sensenfähige Kräfte.

In der Industrie der Steine und Erden trat in der Arbeitslage eine weitere Besserung ein. Die Steinbrüche und die Ziegeleien sind fast überall voll beschäftigt. Bezirksweise waren die keramischen Werke sowie die Glasindustrie aufnahmefähig für Arbeitskräfte. Die Beschäftigungsgrundlage in den Bergbaubetrieben hat sich wenig geändert.

In der sächsischen Metallindustrie hielt die günstige Beschäftigung, insbesondere im Maschinenbau, unvermindert an; aufnahmefähig war insbesondere der Landmaschinenbau. Fachkräfte für die vielgestaltigen Betriebszweige der Metallindustrie mußten häufig durch den Ausgleichsverkehr und durch Umschulung beschafft werden. Auch die handwerklichen Betriebe des Metallgewerbes boten, vor allem im Reparatur- und Installationszweig, vielfach Arbeitsgelegenheiten.

Im Spinnstoffgewerbe ging die Zahl der Arbeitslosen weiter zurück; im ganzen gesehen ist jedoch die Beschäftigungslage in der Textilindustrie nach wie vor uneinheitlich. In einer Reihe von Produktionszweigen des Spinnstoffgewerbes mußte die verkürzte Arbeitszeit beibehalten werden. Beim Bekleidungsgewerbe boten sich für weibliche Arbeitskräfte, insbesondere in der Herren- und Damenwäschefabrikation, günstige Arbeitseinsatzmöglichkeiten.

In der Papiererzeugung- und -Verarbeitung hielt infolge des reichlichen Wasserzustusses in den Papierfabriken der gute Beschäftigungsgrad an. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe besserte sich bezirksweise in den Sägewerken sowie in der Bautischlerei und im Radiogehäusebau der Arbeitseinsatz. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe blieben einzelne Zweige der Konservenindustrie aufnahmefähig für Arbeitskräfte.

Im Baugewerbe konnten Fach- und Hilfskräfte in größerer Zahl untergebracht werden; auch in den Baunebenberufen konnte die Zahl der Arbeitslosen erheblich gesenkt werden. Manche Arbeitsamtsbezirke weisen voll einsatzfähige Arbeitskräfte des Baugewerbes nicht mehr auf.

Die Nachfrage nach Saisonpersonal des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes für Badeorte und Sommerfrischen hielt immer noch an. Trotz der Ferien- und Reisezeit war das Stellenangebot in der Berufsgruppe „Häusliche Dienste" groß. Im Verkehrsgewerbe wurden insbesondere Urlaubsvertretungen angefordert.

Viele Arbeitslose der Berufsgruppe „Ungelernte Arbeiter" konnten beim Reichsautobahnbau und im Baugewerbe eingesetzt werden.

In den Angestelltenberufen hielt die rege Nachfrage nach geschulten technischen Kräften (Zeichnern, Konstrukteuren, Betriebstechnikern, Ingenieuren, Kalkulatoren für Maschinenbau und Elektroindustrie) unvermindert an.

Deutsches Lesebuch

2. Schuljahr

ist erschienen und für 1.40 Mk. zu haben

Schulbuchhandlung

H. Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Einen guten Platz bei den Olympischen Spielen hast Du am Lautsprecher. Werde Rundfunkhörer!

Lesen Sie diese Woche Die Grüne Post!

Die große Sonntag-Zeitung für 20 Pfennig

Zu haben bei

Hermann Rühle, Mühlstrasse 15.

Lest die Ottendorfer Zeitung

Letzte Nachrichten

Reise- und Warenabkommen mit Oesterreich

Abschluß der deutsch-österreichischen Verhandlungen

Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich, die am 27. Juli in Berlin begonnen haben, und deren Zweck es war, verschiedene mit der Durchführung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 11. Juli zusammenhängende Fragen zu regeln, haben am Mittwoch ihren Abschluß gefunden. Der österreichische Delegationsführer, Gesandter Dr. Wildner, und der deutsche Delegationsführer, Vortragender Legationsrat Dr. Clodius, haben eine Reihe von Abkommen und Vereinbarungen paraphiert, durch die die bisher auf dem Gebiete des Reiseverkehrs bestehenden Einschränkungen beseitigt und gewisse Maßnahmen zur Steigerung des gegenseitigen Warenaustausches vorgesehen werden.

Im einzelnen ist auf den Inhalt dieser Vereinbarungen, die nach der Zustimmung der beiderseitigen Regierungen alsbald unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden sollen, folgendes hervorzuheben:

Die Gebühr von 1000 RM bei der Ausreise nach Oesterreich wird aufgehoben werden; dementsprechend werden in Oesterreich die Beschränkungen für die Ausreise in das Deutsche Reich beseitigt werden. Zwischen den beiden Regierungen wird ein Reiseverkehrsabkommen abgeschlossen, das den Reiseverkehr aus dem Reich nach Oesterreich in Anpassung an die deutsche Devisenlage regelt, und die Bereitstellung der erforderlichen Zahlungsmittel zunächst für einige Zeit sicherstellt. Der Abschluß eines Abkommens zur Regelung des kleinen Grenzverkehrs ist für einen nahen Zeitpunkt in Aussicht genommen. Ferner ist zwischen den beiden Delegationen eine Vereinbarung zur Steigerung des Umfanges des Warenaustausches getroffen worden.

Das Verhandlungsprogramm betraf zunächst insbesondere nach der Jahreszeit dringliche Ein- und Ausfuhrfragen. Hierbei wurde neben der Behandlung die industrielle Ausfuhr betreffende Fragen Einverständnis über die Festsetzung von zusätzlichen Kontingenten für die Abschlüsse auf den nächsten Messen von Leipzig und Wien sowie über die Ermöglichung der Ausfuhr einer gewissen Anzahl von Nutz- und Zuchtrindern sowie von Pferden aus Oesterreich in das Reich erzielt. Außerdem wurde im Rahmen von Austauschgeschäften die Regelung der Ausfuhr einer gewissen Menge von Holz, Käse und Rahm behandelt. Ferner wurde ein Programm für die Abwickelung sowohl der normalen als auch zusätzlichen Kohlenlieferungen aus dem Reich nach Oesterreich bis zum Ende des laufenden Jahres aufgestellt.

Die im August 1934 abgeschlossene Vereinbarung zwischen den beiden Notenbanken zur Regelung der Zahlungen im Warenverkehr wird durch ein staatliches Verrechnungsabkommen ersetzt.

Die am Mittwoch paraphierten Vereinbarungen stellen eine erste Etappe dar. Zu einem späteren Zeitpunkt werden die Besprechungen wieder aufgenommen werden, um zu prüfen, in welcher Weise die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch weiterhin gefördert werden kann.

Abschluß in Kiel

Am Mittwochabend fand am Hindenburgufer in Kiel eine erhebende Abschlußfeier für die Segel-Olympiade statt, bei der das Olympische Feuer auf der Hansekogge, das seit neun Tagen loderte, gelöscht und die Olympia-Flagge eingeholt wurde.

Schon lange vor Beginn der Feier zog an dem schönen sommerlichen Abend ein ungeheurer Menschenstrom aus allen Teilen der Stadt zum Hindenburgufer. Dort leuchteten weit sichtbar von drei auf dem Bellevue-Platz aufgerichteten weißen Säulen mit goldenen Oelzweigen die fünf Olympischen Ringe im Scheinwerferlicht. Die Flaggen der sechsundzwanzig an den Segelwettkämpfen beteiligten Nationen flatterten im leichten Abendwind. Im großen Halbkreis hatten die Abordnungen der Partei und der Kriegsmarine mit Fackel Aufstellung genommen. Vor ihnen standen die Ehrenkompanien der Luftwaffe und der Kriegsmarine.

Um 9.30 Uhr erstattete die Kriegsmarine Meldung an den Kommandierenden Admiral. Unter den Klängen der Musik der Truppe erfolgte der Anmarsch der Segler der sechsundzwanzig Nationen, die von den Zuschauermassen mit Beifall begrüßt wurden. Unter den schmetternden Klängen des „Einzug der Gäste auf der Wartburg" wurde die weihevolle Stimmung des Abends geschaffen. Ein Blick über die große Zahl der Ehrengäste zeigt an ihrer Spitze den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Staatsrat Lohse, den Kieler Oberbürgermeister Behrends, die Spitzen der Partei und der Wehrmacht. Die im Hafen liegenden ausländischen Kreuzer, der italienische Kreuzer „Gorizia" und der britische Kreuzer „Neptune", waren durch Ehrenabordnungen vertreten.

Der Führer des Deutschen Seglerverbandes, Oberstleutnant a. D., Kewisch, verlas vor den Zehntausenden die Sieger der Nationen und hielt darauf die Schlußansprache.

Olympia-Gäste im Zeltlager der HJ

Auf Einladung des Reichsjugendführers Baldur von Schirach hatten die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees unter Führung ihres Präsidenten Graf de Baillet Latour, Mitglieder des Diplomatischen Korps und zahlreiche ausländische Jugendführer sowie Vertreter von Staat und Partei sowie der Wehrmacht Gelegenheit, das Leben und Treiben im Olympia-Lager der Hitler-Jugend kennenzulernen.

Der Reichsjugendführer führte u. a. aus: Was die Gäste hier zu sehen bekämen, sei nichts anderes als ein Ausschnitt aus dem Leben, wie es sich in allen HJ-Lagern in Deutschland abspiele, in denen etwa eine Million deutscher Jungen ertüchtigt werde. Unsere Jugend verfolge nie das Ideal eines Miniatursoldaten, und werde auch nicht mit der Waffe ausgebildet. Die HJ wolle in körperlicher Ertüchtigung den olympischen Gedanken für alle durchsetzen.

Die fast zweistündigen Vorführungen lösten immer wieder den Beifall der Zuschauer aus. Ein gemeinsames Lageressen, bei dem es einen Schlag Erbsen und eine lange Bockwurst gab, und das Lagerleben am Feuer beschloß den großen Tag des Olympia-Zeltlagers der HJ.

Wieder einmal Moskau als Drahtzieher

Der Gesandte Perus über den Zwischenfall beim Fußballspiel Oesterreich—Peru

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister für Peru in London, Benavides, erklärte dem Sonderberichterstatter des „Berliner Lokalanzeiger" gegenüber zu dem Streit zwischen Peru und der Fifa, der dadurch entstanden war, daß nach einem für Peru mit 4:2 gegen Oesterreich gewonnenen Vorrundenspiel die Fifa das Spiel für ungültig erklärte, daß keine einzige deutsche Stelle irgendetwas mit der Sache zu tun habe. Die Sportmannschaft sei vom ersten Tag an über die Aufnahme in Deutschland sehr glücklich gewesen. Die Fifa habe der peruanischen Fußballmannschaft in den Vorrundenspielen Sportplätze zur Verfügung gestellt, mit deren technischer Einrichtung die Mannschaft nicht ganz vertraut gewesen sei; keine deutsche Stelle sei dafür verantwortlich.

Die Demonstrationen in Lima, in die auch die deutsche und die österreichische Gesandtschaft hineingezogen wurden, seien nicht von Peruanern sondern von fremden Elementen veranlaßt.

„Ich kann", so erklärte der Gesandte Benavides, „Ihnen auf das bestimmteste versichern, daß diese Demonstrationen, die wir sehr bedauern, von Kommunisten durchgeführt wurden. Wir haben leider mehrfach erleben müssen, daß fremde kommunistische Elemente den Versuch machen, Peru mit den Nachbarstaaten und mit großen europäischen Staaten in Konflikt zu bringen. Ich habe auf die Meldung über die Demonstrationen hin meinem Präsidenten in einem ausführlichen Telegramm mitgeteilt, wie herzlich die peruanische Mannschaft in Berlin aufgenommen wurde und wie glücklich wir uns hier fühlen. Jeder einzelne der peruanischen Mannschaft ist bereit, die Erklärung abzugeben, daß wir das größte Gefühl des Dankes gegenüber Deutschland empfinden. Wir bewundern dieses Land noch mehr als früher, weil wir Gäste bei diesen Olympischen Spielen sein dürfen. Wir haben dem Leiter der deutschen Fußballorganisation die gleiche Erklärung abgegeben. Unsere Sympathie gilt nicht nur dem deutschen Volk sondern auch der deutschen Regierung. Wir sehen gerade in dieser Lage, in die wir wieder durch die kommunistische Agitation gebracht sind, im heutigen Deutschland die entscheidende Macht gegen den Kommunismus."

Moskau rüstet

Einberufungsalter von 21 auf 19 Jahre herabgesetzt

Die Sowjetamtliche Telegraphenagentur gibt eine Verordnung der Sowjetregierung bekannt, wonach das Einberufungsalter der militärpflichtigen sowjetrussischen Staatsbürger, das nach dem Wehrgesetz von 1930 auf einundzwanzig Jahre festgesetzt war, künftig auf neunzehn Jahre herabgesetzt wird.

Der Uebergang zum Einberufungsalter von neunzehn Jahren soll in der Weise erfolgen, daß in den nächsten vier Jahren je anderthalb Jahrgänge eingezogen werden, das heißt, 1936 der Jahrgang 1914 und die Hälfte des Jahrganges 1915; 1937 die zweite Hälfte des Jahrganges 1915 und der volle Jahrgang 1916; 1938 der Jahrgang 1917 und die Hälfte des Jahrganges 1918; 1939 die zweite Hälfte des Jahrganges 1918 und der volle Jahrgang 1919. Ab 1940 soll je ein voller Jahrgang eingezogen werden.

Die angekündigte Maßnahme erhöht die Aktivbestände des Roten Heeres für die nächsten vier Jahre um 50 v. H. Den Rekrutenausfall der Weltkriegsjahrgänge auf diese Weise einzuholen, kann nicht der Sinn der Verordnung sein, da dieser bei den Bevölkerungsverhältnissen der Sowjetunion viel weniger spürbar ist als in anderen Ländern; auch erwähnt die neue Verordnung diese Frage mit keinem Wort. Außerdem wird durch die Herabsetzung des Einberufungsalters die Länge der Gesamtdienstpflicht nicht berührt.